

Die Sitzung führte zu keinen weiteren Initiativen oder Maßnahmen. Ein wichtigstes Resultat war am Folgetag allerdings die Ausweitung des Beschuldigtenkreises im Bonner Ermittlungsverfahren, das bisher nur gegen Schäfer geführt wurde, auf Hartmut Hopp, Gisela Seewald und Hugo Baar. Dazu kam es, da der ermittelnde Bonner Staatsanwalt der Bundestagsanhörung beigewohnt hatte. Trotzdem konnte Hopp nach Chile zurückkehren, ohne von der Staatsanwaltschaft vernommen zu werden.

Erst 2002 befasste sich der Bundestag in seiner Gesamtheit mit dem Fall CD und verabschiedete einen Entschließungsantrag, mit dem er die Bundesregierung zu konkreten Hilfs- und Aufklärungsmaßnahmen aufforderte. Die Umsetzung dieser Maßnahmen unterblieb jedoch weitgehend. 2017, etwa ein Jahr nach der Rede von Bundesaußenminister Steinmeier zur CD, wurde ein weiterer Entschließungsantrag im Bundestag verabschiedet, erstmals einstimmig. Der Antrag forderte die Bundesregierung zu einer Reihe von Maßnahmen zur Aufarbeitung der Verbrechen der CD auf. Während die darin enthaltene Forderung nach Förderung der strafrechtlichen Untersuchungen in Kooperation mit Chile bisher folgenlos blieb, wurden eine Reihe von anderen Maßnahmen eingeleitet, die bislang mit unterschiedlichem Erfolg umgesetzt werden. Die allein von Seiten der Bundesregierung zu erbringenden Maßnahmen, wie die Finanzierung eines Oral History Projekts und die Einrichtung eines Hilfsfonds für einige Opfergruppen, werden bereits umgesetzt. Für die mit der chilenischen Regierung im Rahmen einer Gemischten Kommission diskutierten und gemeinsam einzuleitenden Maßnahmen kam es bislang jedoch noch nicht zu konkreten Resultaten. Dazu gehören die Errichtung eines Gedenkortes sowie eines Dokumentationszentrums; die Feststellung, Sicherung und Auswertung von Spuren und Dokumenten von auf dem CD-Gelände begangenen Verbrechen; sowie eine Überprüfung der Vermögenswerte der CD und der aus ihr hervorgegangenen Gesellschaften. Hier zeigt sich, wie bei der bilateralen Behandlung des Themas weiterhin Fragen der Zuständigkeit und Verantwortung eine Aufklärung und Aufarbeitung behindern.

7.5 Fünf historische Phasen des Falls Colonia Dignidad (Kapitel 6)

Kapitel 6 dient erstens dazu, den Fall CD in fünf historischen Phasen im jeweiligen historischen und gesellschaftspolitischen Kontext zu verorten und zweitens vor diesem Hintergrund das Augenmerk auf das Agieren der Bundesregierung bzw. des AA zu lenken. Zu Beginn des Kapitels diskutiere ich einige wichtige Charakteristika des Falls CD: Erstens seine Bilateralität oder Zwischenstaatlichkeit, die immer wieder die Frage der Verantwortung beider Staaten aufwarf und somit die Gelegenheit bot, diese der jeweils anderen Seite zuzuweisen. Zweitens die Wechselwirkungen zwischen politischer und juristischer Ebene jeweils innerhalb der beiden Staaten Bundesrepublik Deutschland und Chile. Und drittens die Wahrnehmung der Deutschen bzw. die Rolle der deutschstämmigen Immigrant_innen in der chilenischen Gesellschaft.

Phase I (Abschnitt 6.1) behandelt die Entstehung der Gruppe und ihrer Struktur in der post-nationalsozialistischen bundesdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre. Die Schäfer'sche Gruppe hatte von Beginn an ein Ziel: Sie sollte die Bedingungen für die Primärverbrechen der CD – die sexuellen Missbrauchstaten Paul Schäfers zu der Zeit

und auch fortwährend weiter in der Zukunft – schaffen und deren dauerhafte Straflosigkeit decken. Das freikirchliche Umfeld, aus dem die Colonos stammten und die Nachkriegs-Bundesrepublik waren für dieses Projekt ein fruchtbare Nährboden. Diese Phase des Aufbaus ist der Entwicklungsprozess von einer kriminellen Einzelperson zu einer kriminellen Gemeinschaft, die jederzeit Opfer für Schäfers Taten verfügbar machte und die Verschleierung seiner Taten garantierte. Dieses in der Bundesrepublik entwickelte System, in dem die interne Gruppenstruktur und ihre Unterdrückungsmechanismen heranreiften und perfektioniert wurden, bildete den Ausgangspunkt der Colonia Dignidad.

Diverse Zeugnisse aus jenen Jahren belegen, wie in diesem Formationsprozess in den Jahren vor der Auswanderung nach Chile bereits systematisch die meisten der kriminellen Mechanismen Anwendung fanden, die nach der Übersiedlung nach Chile in einem Kontext, der für diese Entwicklungen noch günstiger war, perfektioniert wurden: dazu gehörten Freiheitsberaubung, Kindesaneignung, Körperverletzung, Postzensur, Überwachung und unentlohnte Ausbeutung der Arbeitskraft der Mitglieder. In diesem Sinne stellt Phase I die Keimzelle oder Blaupause für die spätere Colonia Dignidad in Chile dar.

Trotz einer unzweifelhaften Dominanz Schäfers war es doch die ihn umgebende Führungsgruppe, die Verbrechen mit plante und umsetzte. Führungspersonen wussten auch von jenen Verbrechen, an denen sie nicht beteiligt waren. Im Gegenzug für ihre bedingungslose Loyalität erhielten Führungsmitglieder individuell von Schäfer zugestandene Privilegien. Die von den Führungsmitgliedern getragene Implementierung der gruppeninternen Zwangsstrukturen gaben Schäfer die Möglichkeit, sich nach Innen und Außen zu inszenieren und je nach Notwendigkeit als mächtiger Herrscher aufzutreten oder auch über Monate oder Jahre aus Gruppe oder der Öffentlichkeit zu verschwinden. Selbst aus einem Versteck heraus konnte er die Fäden ziehen und die auf Zwang, Manipulation und Gewalt basierende Struktur der kriminellen Gemeinschaft mit der Fassade des vermeintlich wohltätigen Charakters der Gruppe aufrechterhalten, die die Kontinuität seiner Missbrauchstaten verdeckte. Im Inneren der Gruppierung führten die Führungsmitglieder die Verbrechen aus wie beispielsweise die Prügelstrafen, während Schäfer als eine Art Richter oder graue Eminenz in den Hintergrund trat und nur intervenierte, wenn es nicht lief wie er es sich vorstellte. Bei Gewaltritualen innerhalb der Gesamtgruppe wurden alle angehalten zuzuschlagen. So nahmen alle »Schuld« auf sich und die individuellen Taten Einzelner wurden zu Gemeinschaftsverbrechen, von denen keine Distanzierung möglich war, da alle mitbeteiligt waren. Das Preisgeben aller »Sünden« und vermeintlich schlechten Gedanken im Wege der Beichte an Schäfer nahm den Gruppenmitgliedern jeglichen persönlichen Rückzugsraum.

Diese erste Phase unterteile ich in 3 Unterphasen: In den Nachkriegsjahren leitete Paul Schäfer in diversen evangelischen Kirchengemeinden Jungengruppen, die sich durch sein charismatisches Wirken großen Zulaufs erfreuten. Seine religiösen Diskurse radikalierten sich in Richtung evangelikaler Kreise und seine Methoden der Abschottung und Kontrolle über die Jungen führten zu Gerüchten und Disputen, die wiederholt mit der Entlassung Schäfers aus seinen Anstellungsverhältnissen bei der evangelischen Kirche endeten. Im Raum stehende Vorwürfe über sexuellen Missbrauch wurden tabui-

siert und unter den Teppich gekehrt, was dem Zeitgeist jener Jahre entsprach, in denen Missbrauchstäter oft straflos wirken konnten.

In den Jahren 1954 bis –1956 begann Schäfer mit der Formierung einer eigenen Gruppe außerhalb der Strukturen der evangelischen Kirche. Er organisierte Zeltfreizeiten und Zusammenkünfte an verschiedenen Orten und suchte die Nähe zu freikirchlichen baptistischen Kreisen, aus denen er die Anhänger_innenschaft rekrutierte. Schäfer lernte die baptistischen Prediger Hugo Baar (1954) und später Hermann Schmidt (1957) kennen, die Spaltungen in ihren baptistischen Gemeinden in Gronau und Hamburg herbeiführten und die ihnen folgende Anhänger_innenschaft in die Schäfer'sche Gruppe überführten. In diesem Prozess wurden Familien gespalten und Ehepaare getrennt.

Ab 1956 bildete sich die Schäfer'sche Gruppierung in Siegburg heraus (1956–60). Dort wurde ein Grundstück erworben und mit dem Bau des als »Jugendheim« betitelten Gruppendumzils begonnen. Einerseits befand sich diese Gruppe im Herzen der Bundesrepublik, andererseits entfernte sie sich von innen betrachtet jedoch mit großen Schritten von der offenen Gesellschaft, die als Bezugsrahmen und Vergleichsinstanz für die Mitglieder in immer weitere Ferne rückte und sie entwickelte sich zur abgeschotteten, enklavenartigen Gruppierung. Die interne Entwicklung der Gruppe blieb der Außenwelt zunehmend verborgen. Diese Abschottung erfolgte ebenfalls gegenüber Behörden, die als Beobachtungs- und Regulierungsinstanz nicht korrigierend wirkten. Wer sich der Gruppierung anschloss, wurde zum »Freund der Wahrheit«, brach mit der Außenwelt, die als Bedrohung dargestellt wurde und unterwarf sich den von Schäfer entworfenen Gemeinschaftsstrukturen und -zwängen. Schäfer war personifizierter Ausdruck der Wahrheit und die Freund_innen der Wahrheit begaben sich in ein System, in dem der eigene Willen zurückgestellt oder ganz aufgegeben wurde zugunsten des von Schäfer definierten Gemeinschaftswillens. Zur ständigen Kontrolle dieser Unterwerfung dienten das Instrument der Beichte gegenüber Schäfer und gruppeninterne Verhandlungen, bei denen vermeintliche Abweichungen vom Wege der Wahrheit als Fehlverhalten gegenüber der Gemeinschaft festgestellt und sanktioniert wurden.

Als formelle Struktur und Fassade wurde der Verein Private Sociale Mission gegründet. Die PSM blieb nach der Auswanderung des Großteils der Gruppe bis Ende der 1980er Jahre die bundesdeutsche Niederlassung der CD.

Nach Außen trat Schäfer bereits in den Siegburger Jahren in weiser Voraussicht aus der ersten Reihe zurück. Während er noch als Eigentümer des Grundstücks in Heide (Lohmar) auftrat, und in der Satzung der PSM als Treuhänder zeichnete, übernahm er künftig keine formellen Ämter der Gruppe mehr. So konnte er bei Bedarf untertauchen, ohne das *Gesamtwerk* der CD zu gefährden.

Die Siegburger Zeit der Gruppe erscheint heute als Blaupause für die CD: Hier entwarf und erprobte Paul Schäfer mit Hilfe einer treuen Führungsgruppe das Zwangssystem der CD, hier wurden die Unterdrückungs- und Verbrechensmuster erprobt, oftmals getarnt als pseudoreligiöse Rituale und Bestrafungen für die eigene Begriffe erfunden wurden. Sünden und schlechte Gedanken auszusprechen hieß nun »den Teufel blamieren«, Prügelstrafen wurde zu »Schinkenklopfen« oder »Hurengeister austreiben«. Aus jenen Jahren existieren Berichte über kollektive Prügelorgien, Einsperren und Fluchtversuche, Medikamentenvergabe zur Ruhigstellung und Elektroschocks zur

Auslöschung der Erinnerung und systematischen sexuellen Missbrauch – sowie Drohungen unter vorgehaltener Pistole, nichts darüber zu berichten.

In diesen Jahren wurden die finanziellen Grundlagen für die Zukunft geschaffen und der Diskurs zur internen Legitimierung der Arbeitsausbeutung entworfen: Externe Mitglieder zahlten den Zehnten ihres Einkommens an die Gruppierung. »Kreuzler«, die nach Siegburg zogen, arbeiteten nur für ein Taschengeld in den von Alfred Schaak und Heinz Kuhn gegründeten Gemischtwarenläden der Schaak und Kuhn OHG und errichteten gleichzeitig außerhalb der Arbeitszeiten unentlohnt das Jugendheim. Viele brachten zudem ihr Vermögen oder Erbschaften in die Gruppenkasse ein. Wer in die Gruppe eintrat, ging ein irreversibles »Kreuzverhältnis« ein, das Schäfer als »unsere Lebensordnung« beschrieb. Wer die Gemeinschaft je einmal verlassen wollte, war laut Schäfer ein »Abtrünniger« und sollte keinerlei Ansprüche geltend machen können. Letztlich übertrugen die Colonos der »Gemeinschaft« alles: Ihren Willen, ihr Vermögen, ihre Arbeitskraft und ihre eigenen Kinder, die manche der wenigen »Abtrünnigen«, die in den darauffolgenden Jahrzehnten aus der CD flüchteten, in der Siedlung zurücklassen mussten. Wer ging, wurde zum Feind, der die Gemeinschaft angeblich zum eigenen Vorteil ausgenutzt hatte und daher bekämpft werden musste.

Als Anfang 1961 die erste Strafanzeige gegen Paul Schäfer wegen sexuellem Missbrauch von Minderjährigen vorgebracht und einige Wochen später ein Haftbefehl erlassen wurde, befand sich Schäfer bereits mit einer Vorhut in Chile. Der Rest der Gruppierung bereitete die Auswanderung vor, die sich über die nächsten beiden Jahre erstreckte.

Die zweite Phase (1961 bis 1973) reicht von der Ankunft in Chile bis zum Beginn der Militärdiktatur. In diese Phase fallen in Chile drei demokratische Regierungen mit unterschiedlichen politischen Vorzeichen, die konservative Regierung von Jorge Alessandri, die Präsidentschaft des Christdemokraten Eduardo Frei und die Regierung des Sozialisten Salvador Allende und der Unidad Popular. Diese Phase beginnt mit der Aufbauphase der CD in Chile (1961 bis 1966), in der die CD die Rechtsperson SBED für ihre soziale Fassade in Chile gründete, Land erwarb und in mühevoller Arbeit die Siedlung errichtete. Obwohl sich von Beginn an Flucht- und unregelmäßige Todesfälle ereigneten, gab es noch kaum überregionales Interesse für die CD, die weithin unter dem Radar chilenischer und deutscher Behörden blieb. Aufgrund des deutschen Haftbefehls gegen Schäfer hielt die CD Distanz zur Botschaft in Santiago, wo in diesen Jahren auch eine Reihe von Anfragen von Angehörigen der CD-Mitglieder eingingen. In den ersten Jahren fand nur ein Besuch von Botschaftsangehörigen in der CD statt, der von Misstrauen geprägt war. Nach Eindruck der Botschaftsbeamten war die CD eine Sektgemeinschaft, die einiges zu verbergen hatte, jedoch gleichzeitig eine wertvolle wohltätige Arbeit verrichtete: die soziale Fassade, die auch aufgrund der deutschenfreundlichen Grundhaltung in der chilenischen Gesellschaft verfing, entfaltete von Beginn an seine Wirkung bei chilenischen und bundesdeutschen Behörden. Die CD nutzte diese Anfangsjahre, um auf lokaler und regionaler Ebene Unterstützungsnetzwerke in Politik, Justiz und Verwaltung aufzubauen.

Die erfolgreiche Flucht von Wolfgang Müller 1966 wurde zur Zäsur, durch die die Vorgänge um die Gruppe internationale Aufmerksamkeit erlangten. Die folgenden Jahre (1966 bis 1968) waren geprägt von Untersuchungen durch staatliche chilenische In-

stanzen sowie von intensiver Lobbyarbeit und offensiven juristischen Bemühungen der CD mit dem Ziel, negative Folgewirkungen dieser Untersuchungen zu verhindern.

Der Fall CD wurde erstmals zum Medienskandal und staatliche Behörden in Chile und der Bundesrepublik mussten sich intensiver damit befassen. Während die chilenische Justiz einen Sonderermittler einsetzte, erkannte auch das AA die Relevanz des Falls. Chilenische Medien berichteten über die internen CD-Verbrechen wie Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Ruhigstellung durch Medikamente und sexuellen Missbrauch. Dazu lancierten sie das Bild einer von ehemaligen Nazioffizieren geführten Konzentrationslager-ähnlichen Siedlung, in der sich möglicherweise gesuchte NS-Kriegsverbrecher versteckt hielten. Dieses Narrativ findet sich teilweise bis heute in Publikationen wieder, wohl auch da es gegenüber der CD-Führung funktional war. Einerseits verschaffte es der CD Sympathien in Kreisen der extremen Rechten, auch im chilenischen Militär. Andererseits war es nicht zu beweisen und einfach zu widerlegen. Auch bundesdeutsche und internationale Medien griffen diese Berichterstattung auf und das AA sorgte sich über die »dem deutschen Ansehen abträglichen« Medienberichte. Bei einer Pressekonferenz wies ein AA-Sprecher Nazi-Verbindungen der CD zurück und betonte gleichzeitig die wohltätige Arbeit der Siedlung.

Die CD reagierte schnell auf die Vorwürfe und professionalisierte ihre Verteidigungsstrategie: Diese basierte von Beginn an darauf, alle Vorwürfe als Verleumdungen abzutun und die Urheber_innen der Vorwürfe mit juristischen Gegenmaßnahmen einzuschüchtern. Durch rasch hinzugezogene renommierte Anwälte erreichte die CD eine schnelle Einstellung der gegen sie eingeleiteten Untersuchung. Die CD zeigte gleichzeitig den Geflüchteten Müller wegen Verleumdung an und erreichte eine Verurteilung des Aufklärers zu 5 Jahren Haft.

Es etablierte sich ein Schema, das über Jahrzehnte einer der Schlüssel zur Straflosigkeit der CD sein sollte: Sobald sich die CD durch Anschuldigungen von Aufklärer_innen in der Defensive befand, drehte sie durch ihr stringentes, schnelles und strategisches Agieren die Situation: Durch offensives juristisches Agieren und intensive Lobbyarbeit erlangte die CD die Deutungsmacht, andere reagierten nur noch. Ende 1968 erreichte die CD, dass der Abschlussbericht der Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses sie weitgehend freisprach. Sowohl die Verurteilung Müllers wie auch der Bericht des Abgeordnetenhauses waren in den nächsten Jahrzehnten die staatlich festgestellten »Beweise« für das CD-Narrativ: Jegliche Berichte über Verbrechen waren demnach Verleumdungskampagnen. Auf staatlicher Ebene wurde die Bilateralität zum Ping-Pong Spiel der Verantwortlichkeiten. Die CD führte Lobbyarbeit bei Behörden beider Staaten durch und agierte als Chamäleon: Einerseits trat sie einladend und zuvorkommend auf, sobald Behörden jedoch misstrauisch wurden und Forderungen an die CD stellten, wechselte die CD die Strategie und ging auf Distanz oder gar in die Offensive – wie beispielsweise im Fall der Durchsetzung der Aberkennung der Immunität des verantwortlichen Gouverneurs Fuentes und Intendanten Taricco im Jahr 1968. Die CD verschaffte sich so eine Aura eines geheimnisvollen und mächtigen Akteurs, gegen den nicht zu gewinnen ist.

Bis Ende der 1960er Jahre erhielt die Botschaft Kenntnis über diverse Fluchtfälle und Hilferufe und erkannte dabei eine Systematik. Trotzdem blieb sie ambivalent, zog sich auf eine formale Ebene zurück und verhielt sich zahnlos. Sie behandelte je-

des Vorkommnis als Einzelfall und wollte oder konnte der Beharrlichkeit der CD nichts entgegensetzen. Vielen Einzelfällen ging die Botschaft eine gewisse Zeit lang nach und ließ sie dann wieder ergebnislos einschlafen. Es gab wenig Kontinuität und keine klare Linie. Teilweise zeigten auch die Versuche der CD, Botschaftsangehörige zu vereinnahmen durchaus Erfolge.

Zum Ende der 1960er Jahre erfasste die CD Befürchtungen, von einer Enteignung durch staatliche Landreformbestrebungen betroffen zu werden. Sie begann sich massiv zu bewaffnen, zunächst aus Überlegungen der Selbstverteidigung. Die Wahl von Salvador Allende zum Staatspräsidenten verstärkte die Angst vor staatlichen Eingriffen. Die CD baute Allianzen zu Militärs, Großgrundbesitzern und diversen Akteur_innen, die gegen die sozialistische Regierung agitierten, aus. In der Siedlung wurde eine eigenständige Waffenproduktion aufgenommen und die CD stellte rechtsextremen Gruppen wie Patria y Libertad, die die Allende Regierung militärt bekämpften, Waffen und Infrastruktur zur Verfügung. Über sich vertiefende Kontakte zu Militärs geriet die CD in die Kreise der zukünftigen Putschisten und schmiedete Allianzen, die sie zu einem maßgeblichen Akteur bei der Vorbereitung des Putsches machten. Aus der kriminellen Gemeinschaft CD entwickelte sich in jener Zeit die kriminelle Vereinigung CD, die mit dem Putsch zu einem Schlüsselakteur im Repressionsapparat der chilenischen Militärdiktatur wurde.

Die dritte Phase beschreibt die Zeit der Militärdiktatur (1973 bis 1990). Sie war die Blütephase des Systems CD. Die CD unterstützte die Diktatur maßgeblich, dafür protegierte das Regime die CD vollständig und ließ sie frei gewähren. Der Schutz kam von höchster Ebene: Die CD pflegte beste Beziehungen zu Diktator Pinochet und seinem Machtgaranten, dem DINA-Chef Manuel Contreras. Da die chilenische Justiz in jenen Jahren faktisch vollständig der politischen Macht subordiniert war, hatte die CD in dieser Phase in Chile keinerlei Strafverfolgung zu befürchten. Die Aufklärung hätte in jenen Jahren lediglich von bundesdeutscher Seite befördert werden können, was zumindest in den »harten Jahren« zu Beginn der Diktatur vollständig ausblieb. Ein Großteil der schwersten Menschenrechtsverbrechen wurde vom Repressionsapparat der Diktatur in den Jahren 1973 bis 1977 begangen. Die DINA setzte sich zum Ziel, jeglichen Widerstand gegen die Militärregierung mit äußerster Brutalität auszulöschen. Sie ging dabei systematisch vor: 1974 galt vor allem der Bekämpfung der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), es folgten die Bekämpfung der Sozialistischen Partei (PS, 1975) und schließlich der Kommunistischen Partei (PC, 1976). Die CD wurde zu einem Schlüsselakteur in diesem Repressionsapparat: Sie stellte der Diktatur ihr Gelände als Folter- und Tötungsstätte für Gefangene, Trainingslager und auch als Rückzugsort für die Spitzen der DINA zur Verfügung. Sie versorgte die Diktatur mit Waffen und Kommunikationstechnologie und unterstützte Militär und Geheimdienst bei der Verfolgung von Oppositionellen und auch bei der Überwachung der eigenen Reihen auf Führungsloyalität. Wie die DINA war auch die CD ein außersystemischer Akteur, der keinerlei Dienstwege oder Formalia beachten musste. Gleichzeitig blieb die CD immer auch ein eigenständiger Akteur, der seine eigene Position auch durch Überwachung ihrer Partner absicherte.

Mit dem Putsch erhielt auch die Verteidigungsstrategie, die jegliche aufklärerische Initiative als Verleumdung deklarierte, einen neuen Hebel: Die CD erweiterte ihre Ver-

brechensphäre, die sich bislang auf innere Verbrechen beschränkte, nun durch externe Verbrechen, insbesondere Folter- und Tötungstaten im Kontext der Diktaturrepression. Die Debatte um diese Verbrechen wurde nun im Rahmen des Lagerdenkens des Kalten Krieges geführt. Hatte die CD bislang aufklärerische Initiativen als Verleumdkampagne von CD-Flüchtigen bezeichnet, so konnten nun Berichte über – interne und externe – CD-Verbrechen als »marxistische« Diffamation abgetan werden. Dies verhalf den Unterstützungsnetzwerken der CD zu neuem Zulauf, insbesondere auch in konservativen Kreisen in der Bundesrepublik. Diese sympathisierten mit der chilenischen Diktatur aufgrund ihres energischen Antikommunismus.

Die Jahre zwischen 1973 und 1979 bezeichne ich als die »harte Phase der Diktatur« (Abschnitt 6.3.1). Der diplomatischen Gepflogenheit folgend, das Botschaftspersonal an die politischen Umstände des Gastlandes anzupassen, entsandte das AA nach dem Militärputsch in erster Linie konservative Botschafter nach Chile. Die CD suchte unter den neuen Rahmenbedingungen wieder verstärkt Beziehungen zu bundesdeutschen Diplomaten und setzte dabei auf persönliche Kontakte zu einzelnen Beamten. In den Jahren nach dem Putsch ist die Aktenlage zur CD äußerst dünn, die Botschaft erreichten jedoch immer wieder einzelne Hinweise auf Beziehungen der CD zur DINA. Berichte über Besuche von Botschaftsmitarbeiter_innen in der CD wurden im Tonfall unkritischer und teilweise sogar sympathisierend und gingen weniger auf Hinweise über interne CD-Verbrechen aus den vorangegangenen Jahren ein.

Zwei Berichte des ECOSOC der UN im Jahr 1976 stellten die ersten amtlichen Berichte über die Funktion der CD als Haft- und Folterstätte dar. Der im Mai 1976 von seinem Posten als Botschafter in Pretoria nach Santiago gewechselte Erich Strätling besuchte daraufhin die CD, bezeichnete die Siedlung als mustergültig und bewerte die im Raum stehenden Vorwürfe sehr zurückhaltend. Er ließ von der chilenischen Luftwaffe Luftbilder der Kolonie anfertigen, die vom Bundesverteidigungsministerium ausgewertet wurden. Darauf waren keine Haft- oder Foltereinrichtungen zu erkennen, was für CD faktisch eine Entlastung bedeutete.

Durch die Veröffentlichungen von AI und der Zeitschrift Stern im März 1977 wurden die Vorwürfe über eine CD-DINA Zusammenarbeit breit bekannt. Insbesondere bundesdeutsche Medien berichteten intensiv, was zu parlamentarischen Nachfragen und Anfragen von Angehörigen von CD-Mitgliedern an das AA führte. Botschafter Strätling gab umgehend eine die CD entlastende Erklärung ab. Während das AA abwartend reagierte, initiierte die CD sofort eine juristische Gegenkampagne. Sie erreichte beim LG Bonn eine einstweilige Verfügung, die AI und Stern eine Wiederholung der Vorwürfe untersagte und so faktisch eine weitere Berichterstattung darüber unterband. Während die Bonner Staatsanwaltschaft strafrechtliche Ermittlungen mit Verweis auf entlastende Äußerungen Strätlings rasch einstellte, entspann sich beim LG Bonn ein zivilrechtliches Hauptverfahren, das sich mit der Frage befasste, ob die CD ein Folterlager der DINA (gewesen) war. Während das Verfahren, aufgrund der schützenden Hand der chilenischen Justiz, kaum Aussicht hatte für Aufklärung zu sorgen, begründete das AA fortan seine abwartende, lediglich beobachtende, Haltung mit dem schwelenden Gerichtsverfahren. Die politische Ebene übertrug so eine Mitverantwortung für eine Aufklärung auf eine zivilrechtliche Auseinandersetzung zwischen privaten Akteur_innen

und gab intern von höchster Ebene die Devise aus, die juristische Klärung abzuwarten und – »in dubio pro reo«- äußerste Zurückhaltung zu üben.

Die Leitlinie der äußersten Zurückhaltung hatte zwar auch in den 60er Jahren das Handeln des AA geprägt, das bereits damals auf eine Primärzuständigkeit Chiles zur Aufklärung verwies. Nun wurde diese Leitlinie jedoch von der Ministerebene gebilligt und war damit nicht mehr Resultat einer Einschätzung einzelner Diplomaten, sondern wurde zur Position der Leitung des AA, die faktisch die Straflosigkeit der CD-Verbrechen festschrieb: Da die chilenische Diktatur und Justiz der CD einen umfassenden Schutz boten, konnte auch die bundesdeutsche Justiz über Rechtshilfeersuchen an die chilenische Seite keine Aufklärung erreichen. Es verblieb lediglich die Möglichkeit, auf dem Wege resoluten politischen Drucks eine Aufklärung zu forcieren, was das AA unter Berufung auf die Losung der äußersten Zurückhaltung verwarf.

Die ausgeübte Zurückhaltung fand in der Praxis eine selektive Anwendung. Während sich AA und Diplomaten vor allen Dingen gegenüber aufklärerischen Kreisen reserviert verhielten, pflegte die Botschaft einen regelmäßigen Informationsaustausch mit Vertretern der CD und auch Geschäftsbeziehungen: CD-Handwerker renovierten die Botschafterresidenz und Beamte vertrieben CD-Produkte unter ihren Kolleg_innen. Ferner pflegten Botschafter und Gesandte in der gesamten Phase vertrauensvolle Kontakte zu hochrangigen deutschstämmigen Militärs, wie dem Luftwaffen-General Fernando Matthei und später dem Carabineros-General Rodolfo Stange.

Während der restlichen Amtszeit von Botschafter Strätling erhielt die Botschaft weitere Hinweise auf CD-DINA-Verbindungen und auch Hilferufe von Colonos aus der Siedlung, ohne dass die Botschaft entsprechend handelte.

So waren die Jahre zwischen dem chilenischen Militärputsch 1973 und dem Ende der Dienstzeit von Botschafter Strätling im Mai 1979 ein Zeitraum, in dem die Botschaft trotz diverser Hinweise auf schwere Menschenrechtsverletzungen in der CD jegliche kritische Betrachtung der CD unterließ und die Verteidigungslinie der CD übernahm. Dies geschah vermutlich aus gefühlter ideologischer Nähe zur CD von Botschafter Strätling und vieler seiner Mitarbeiter_innen, die sich einer Logik des Kalten Krieges hingaben und sich mit der vermeintlich einer Verleumdungskampagne ausgesetzten CD solidarisierten. Die Botschaft befand sich dabei auf einer Linie mit dem überwiegenden Teil der einflussreichen deutschstämmigen Community in Chile, die das Gesellschaftsprojekt der Militärjunta offen und vehement unterstützten, ebenso wie rechtskonservative Kreise in der Bundesrepublik, insbesondere aus den Reihen der CSU und ihres Umfelds. Diese von ideologischen Motiven geprägte Haltung führte zu einer Ausblendung jeglicher menschenrechtlich gebotenen Handlungsansätze. Die faktisch praktizierte Politik des Nichthandelns von Botschaft und AA hatte mindestens bis in das Jahr 1985 Bestand. Für Paul Schäfer und die CD-Führung waren diese Jahre, in denen sie weitgehend von strafrechtlichen Untersuchungen verschont blieben, eine Epoche d'Or in denen sie ihre Macht als kriminelle Organisation im Kontext des Repressionsapparats der Diktatur ausbauen und ihre Straflosigkeit verstetigen konnte.

Die Jahre nach dem Ende der Amtszeit von Botschafter Strätling waren »Jahre des Schweigens« für den Fall CD (1979-1984), in denen die Medien das Interesse an der Siedlung weitgehend verloren. In diesem Zeitraum gab es kaum Fluchtfälle oder Hilferufe

aus der CD und die Berichterstattung der Botschaft über die CD beschränkte sich auf ein Mindestmaß.

Diese Ruhe wurde jäh von den Fluchtfällen Hugo Baar (Dezember 1984) und Georg und Lotti Packmor (Februar 1985) unterbrochen. Ab 1985 und bis Ende 1987 entfernten sich AA und Botschaft von ihrer CD-stützenden Linie und versuchten fortan das Problem CD auf stilem Wege anzugehen. Diesen Zeitraum bezeichne ich als »das langsame Erwachen der bundesdeutschen Diplomatie«. Diese betrachtete das CD-Problem fortan als ein Problem um die Person von Paul Schäfer, die es herauszulösen galt, um das im Kern als unterstützungswürdig erachtete CD-Projekt zu erhalten. Die Geflüchteten hatten in der CD Führungs- bzw. Vertrauenspositionen bekleidet und gaben ihr umfangreiches Wissen über diverse CD-Verbrechen in detaillierten Berichten an die Botschaft weiter. Das AA leitete die Berichte an die Justiz weiter und die Staatsanwaltschaft Bonn eröffnete daraufhin neue Ermittlungen gegen Paul Schäfer. Anders als bei der Flucht von Wolfgang Müller, die medial großes Aufsehen erregte, erfuhren die Medien von dieser Flucht und der Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungen nicht unmittelbar. Die Geflüchteten waren ambivalent: insbesondere Hugo Baar wollte zwar eine Veränderung des internen CD-Zwangssystems, jedoch war es ihm gleichzeitig wichtig, einen Medienskandal zu verhindern. Er vermied den Kontakt zu Aufklärer_innen und suchte Rat bei dem Würzburger Professor und Vertrauten von Franz Josef Strauß Lothar Bossle, der in den Jahren zuvor als CD-Unterstützer mehrfach die CD besucht hatte. Dieser zeigte sich bestürzt über die Erzählungen Baars und distanzierte sich in der Folgezeit von Schäfer.

Auch Botschafter Holzheimer zeigte sich erschüttert über die Berichte von Hugo Baar und dem Ehepaar Packmor. Das AA entschied jedoch der chilenischen Seite nicht formell die Berichte zukommen zu lassen – sie tat dies erst Ende 1987. Stattdessen versuchte es Spielräume für eine »stille Lösung« zu erüieren. Holzheimer übergab die Berichte der Geflüchteten dem deutschstämmigen Carabineros-General Stange, der ihm Monate später mitteilte, er sei bei Nachforschungen auf eine Mauer des Schweigens gestoßen und könne nichts weiter unternehmen. Ab diesem Zeitpunkt begann die Botschaft auf dem Verwaltungsweg der CD bisher zugestandene zuvorkommende Behandlung zu verweigern und auf ein persönliches Erscheinen von Antragsteller_innen (für Passverlängerungen, Lebensbescheinigungen zum Rentenbezug etc.) zu bestehen. Sie schlug der CD die Durchführung eines Konsularsprechtages in der Siedlung vor. Zwei Jahre vergingen mit Disputen über diesen Konsularsprechtag, den die CD zu verhindern versuchte, indem sie Konsul Haller mit Dienstaufsichtsbeschwerden überzog. Im Laufe des Jahres 1987 spitzte sich die Situation zu. Bundesdeutsche Medien interessierten sich erneut für den Fall CD und hatten inzwischen auch von der Flucht der Baars und Packmors Kenntnis. Arbeitsminister Blüm und CDU-Generalsekretär Geißler besuchten Chile und kritisierten Pinochet wegen Menschenrechtsverbrechen. Durch das gesteigerte öffentliche Interesse nahm sich die Leitung des AA wieder persönlich des Themas an. Sie drängte auf die Durchführung des Konsularsprechtages in der CD. Gegenüber der chilenischen Regierung pochte das AA auf eine Untersuchung der CD in Bezug auf die Vorwürfe der Verbrechen gegenüber deutschen Staatsbürgern. Die Menschenrechtsverbrechen der CD-DINA hingegen thematisierte die bundesdeutsche Seite nicht. Anfang November 1987 kam es schließlich zum Konsularsprechtag in der

CD, an dem auch Botschafter Kullak-Ublick teilnahm. Die Botschafts- und Konsularbeamten sprachen mit der CD-Führung einschließlich Paul Schäfer und waren von den Begegnungen mit einfachen Colonos, die sie als willenlose Roboter wahrnahmen, erschüttert. In ihren Berichten an das AA, die auch dem Spiegel geleakt wurden, zogen sie KZ-Vergleiche. Außenminister Genscher machte das Thema CD nun zur Chefsache. Er ordnete die Entsendung einer hochrangigen Delegation aus Mitgliedern von AA, Staatsanwaltschaft, einem Polizeipsychologen und einem Bischof in die CD an. Dies sollte den Handlungswillen der Bundesregierung symbolisieren. Die Delegation wurde jedoch von der CD nicht eingelassen, die CD versuchte sogar die Landung des Hubschraubers von Botschafter Kullak-Ublick und Bischof Stehle durch eine lebensbedrohliche Aktion zu verhindern. Die chilenische Regierung brüskeierte Genscher, indem sie das Besuchsansinnen der Delegation nicht unterstützte, die so ergebnislos wieder abreisen musste. Erst ab diesem Zeitpunkt bemerkte das AA die weitreichenden Auswirkungen der Allianz der CD mit der Militärdiktatur.

Die letzten beiden Jahre der Militärdiktatur (1988/1989) bezeichne ich als den Zeitraum des »ergebnislosen Einsatzes Genschers«. Von der bisher verfolgten ergebnislosen stillen Diplomatie schwenkte Genscher auf einen verbalradikalen Konfrontationskurs und forderte die chilenische Regierung zum Handeln auf, um Menschenrechtsverbrechen an deutschen Staatsbürger_innen zu beenden. Gleichzeitig konnte, bzw. wollte das AA keine starken Hebel einsetzen, um den Druck auf die CD-Führung und die chilenische Regierung zu erhöhen. Ein solcher wäre zum Beispiel gewesen, sich gegen die Vergabe von Weltbankkrediten an Chile auszusprechen. Ein weiteres deutliches Signal wäre die Ausstellung von Haftbefehlen gegen Schäfer und einige Führungsmitglieder durch die deutsche Justiz gewesen. Die Staatsanwaltschaft Bonn war jedoch der Auffassung, dass ein Haftbefehl gegen Paul Schäfer nicht gerechtfertigt sei.

Zu Beginn des Jahres 1988 fand im Bundestag eine Anhörung zum Thema CD statt infolge derer die Staatsanwaltschaft Bonn die 1985 gegen Schäfer eröffneten Ermittlungen auf Hartmut Hopp, Gisela Seewald und Hugo Baar ausweitete. Außenminister Genscher schrieb im Laufe des Jahres mehrere Briefe an seinen chilenischen Kollegen, in denen er mit deutlichen Worten auf eine chilenische Untersuchung der CD drängte. Erst im vierten Anlauf gab die chilenische Justiz im Januar 1989 diesem Ansinnen statt und eröffnete eine Untersuchung, die jedoch nur administrativen Charakter hatte. Inzwischen hatte Pinochet das in der Verfassung vorgesehene Plebisit über einen Verbleib im Amt des Diktators verloren und es wurden Wahlen für Dezember des Jahres angesetzt. Das Untersuchungsverfahren endete nach vielen Monaten ohne greifbares Ergebnis. Während Botschaftsanwälte und der Untersuchungsrichter die Bundesregierung gedrängt hatten, selbst eine Strafanzeige einzureichen oder zumindest den Geflüchteten weitreichende finanzielle und Sicherheitsgarantien für die Stellung von Strafanzeigen in Chile zu geben, winkte das AA ab. Die Leitlinie die Verantwortung für die Aufklärung der Verbrechen der chilenischen Seite zuzuweisen war prioritätär – eine Erhöhung des Drucks zur Unterbindung von Verbrechen nur nachrangig.

So ging mit der Diktatur eine 16-jährige Phase des Falls CD zu Ende, in der AA und Botschaft zu Beginn der CD ihre Unterstützung gegeben hatte und in den letzten Jahren langsam im Diskurs umgesteuert hatte, ohne jedoch ausreichende Maßnahmen für eine Änderung der kriminellen Situation zu ergreifen. Faktisch hatte die CD – dank der

Unterstützung des AA, beziehungsweise trotz des späten Entzuges dieser Unterstützung – während der gesamten chilenischen Militärdiktatur freie Hand für die Begehung schwerer Verbrechen. Während in der Vorphase die ambivalente Haltung von AA und Botschaft es der CD mit ermöglicht hatte, ihre internen Verbrechen fortzuführen, ermöglichte die Haltung des AA während der Diktatur zusätzlich das straflose Wirken einer kriminellen Organisation, die als Schlüsselakteur des Repressionsapparats des Regimes hunderte Todes- und Folteropfer mit verursachte.

Im letzten Jahr der Diktatur bereitete sich das AA bereits auf die Zeit nach Pinochet vor. Als Strategie zur Lösung des Problems nach den Wahlen sah das AA die Unterstützung der Bemühungen der zukünftigen chilenischen Regierung zur Bekämpfung der CD auf dem Verwaltungsweg: Chile solle der CD die Rechtsperson entziehen und mittelfristig Schäfer ausweisen. Im September 1989 traf Außenminister Genscher den Kandidaten des Mitte-Links-Lagers Patricio Aylwin in Bonn. Während die beiden Maßnahmen erörterten, um der CD auf dem Verwaltungswege beizukommen, war diese ihnen schon wieder einen Schritt voraus. Das Szenario antizipierend, hatte die CD ab 1988 begonnen sich umzustrukturieren, um Besitz und Vermögen der CD einem staatlichen Zugriff ab 1990 zu entziehen. Sie gründete drei geschlossene Aktiengesellschaften (»ABC«) und übertrug darauf alle Vermögenswerte, die sich bis dato im Besitz der SBED sowie einzelner Colonos befanden.

Phase IV umfasst die Jahre der chilenischen Transición ab 1990 bis zur Festnahme Paul Schäfers im März 2005. Sie besteht aus den Unterphasen 1990 bis 1996 (»Chile's Strategie des Verwaltungshandels und deutsche Passivität«) und 1997 bis 2005 (»Schäfers Ende durch Aufklärer_innen im Alleingang«).

Die Rückkehr zur Demokratie in Chile ab März 1990 beruhte auf Absprachen zwischen Pinochet und der gewählten Regierungskoalition Concertación de Partidos por la Democracia. Während der paktierten Transición waren der Demokratie Grenzen gesetzt, insbesondere auch im Bereich der Aufarbeitung der Diktaturverbrechen. Präsident Aylwin setzte eine Wahrheitskommission ein, die auch CD-Verbrechen benannte. Gleichzeitig blieb die Selbstamnestie der Diktatur in Kraft und auch der weiterhin Oberkommandierende des Heeres Augusto Pinochet schützte Täter_innen vor Strafverfolgung. Aylwin verkündete daher 1991, dass eine strafrechtliche Aufarbeitung lediglich »im Rahmen des Möglichen« stattfinden werde.

An der Situation im Inneren der CD änderte sich in dieser neuen Phase zunächst einmal nicht viel. Die Regierung Aylwin beschritt rasch die Strategie des Verwaltungshandels gegen die CD und löste 1991 per Dekret die SBED auf. Faktisch lief diese Auflösung jedoch ins Leere, da das CD-Vermögen bereits auf die ABC-Gesellschaften übertragen war, die die CD-Strukturen fortführten. Die CD mobilisierte trotzdem ihr Unterstützungsnetzwerk und setzte ihre soziale Fassade in Szene, um das Auflösungsgesetz juristisch und politisch zu bekämpfen. Dies tat sie, um Zeit zu gewinnen. Sie erhielt dabei umfangreiche Unterstützung aus dem Lager der rechten Opposition. Unter dem Vorwand der Verteidigung des CD-Krankenhauses zugunsten der armen Landbevölkerung organisierte die CD einen Schutzring um die Siedlung. Die CD richtete eine »ständige Jugendwache« ein, organisierte sogenannte »Patientenkomitees« und lud hunderte Jugendliche in die Siedlung ein. Die CD-Führung nutzte diesen Rahmen

zudem, um Paul Schäfer einige dieser Jugendlichen als neue Opfer für seine sexuellen Missbrauchstaten zuzuführen.

Das AA unterstützte die Strategie des Verwaltungshandelns der chilenischen Regierung verbal und verfolgte damit weiterhin die Linie, die Verantwortung bei der chilenischen Seite zu verorten. Die Staatsanwaltschaft Bonn bekundete derweil dem AA periodisch ihren Willen, das Ermittlungsverfahren wegen fehlenden hinreichenden Tatverdachts einzustellen. Dies lehnte das AA ab, da es eine Einstellung für ein falsches politisches Signal nach Chile hielt. Faktisch verfolgte die Bonner Staatsanwaltschaft jedoch keine eigenen Ermittlungsansätze und hielt die Antworten der chilenischen Seite auf Rechtshilfeersuchen für irrelevant.

Erst die Strafanzeigen durch Eltern chilenischer Jungen, die in den 1990er Jahren in der CD missbraucht wurden, erzeugten tatsächlichen Druck auf die CD-Führung. Im Juni 1996 erging Haftbefehl gegen Schäfer und in den Folgemonaten führten Ermittler_innen Razzien auf dem CD-Gelände durch, um Paul Schäfers habhaft zu werden. Da nun nicht Diktaturverbrechen, sondern der Missbrauch an Chilenen im Zentrum der Berichterstattung standen, wandte sich ein wichtiger Teil der chilenischen Unterstützer_innen von der CD ab. Paul Schäfer beschloss 1997 nach der Flucht von Tobias Müller und Salo Luna aus der Siedlung, die CD zu verlassen und mit einigen Getreuen in Argentinien unterzutauchen. Innerhalb der Siedlung entwickelten sich Auseinandersetzungen um die Führungsnachfolge, insbesondere zwischen Hans-Jürgen Riesland, der den Kontakt zu Schäfer im Untergrund hielt und Hartmut Hopp, der nach außen als Sprecher der CD auftrat. Andere Führungsmitglieder begannen, sich nach Deutschland abzusetzen, da sie das Ende der CD antizipierten und sich hier Straflosigkeit versprachen.

In den Jahren 1994 bis 1995 lösten sich die alten Formalstrukturen der CD – SBED und PSM – endgültig auf, daher endete auch das Zivilverfahren am Bonner Landgericht 1997. Dieses hatte 20 Jahre lang eine wichtige Funktion für die CD gehabt: Aufklärer_innen wurden damit zum Schweigen gebracht und das AA hatte aufgrund des schwebenden Verfahrens seine Leitlinie der äußersten Zurückhaltung gerechtfertigt, was die CD begünstigte.

Die chilenischen Ermittler_innen, die sich um eine Festnahme Schäfers bemühten, mussten gegen Widerstände und Blockaden im alten Justiz- und Polizeiapparat ankämpfen, der immer noch von CD- und Diktaturfreunden durchsetzt war. Auf deutsche Hilfe konnten sie dabei nicht zählen. Außenminister Kinkel verweigerte die von Chile angefragte technische und polizeiliche Unterstützung und äußerte intern, die Festnahmebemühungen seien eine ausschließlich chilenische Angelegenheit. Gleichzeitig diskutierten AA und Botschaft Kriseninterventionskonzepte für den Fall eines »Zusammenbruchs« der CD nach einer Schäfer-Festnahme.

Die Festnahme ließ jedoch noch viele Jahre auf sich warten, da faktisch weder chilenische noch deutsche Behörden sich real darum bemühten. Chilenische Ermittler_innen konzentrierten sich auf Durchsuchungen des CD-Geländes, wo Schäfer noch vermutet wurde. Ermittlungen zur Feststellung von Schäfers Aufenthaltsort im Ausland wurden hingegen seitens Chile nur auf dem Formalwege vorgenommen, Hilfe seitens der deutschen Justiz, BKA oder BND unterblieb. Eine Zielfahndung nach Schäfer wurde nicht durchgeführt, obgleich die Reisen von Mitgliedern der CD-Führung nach Ar-

gentinien und in andere Länder dafür Ansatzpunkte boten. Wie schon bei jeglichen Aufklärungs-Fortschritten in der Vergangenheit, war es nicht staatlichen Akteur_innen, sondern engagierten Aufklärer_innen zu verdanken, dass Schäfer und seine Vertrauten im März 2005 in Argentinien festgenommen werden konnten. Dass Außenminister Fischer nach dem Ergreifen Schäfers von »intensiven Bemühungen der Bundesregierung« sowie einer »hervorragenden Zusammenarbeit« zwischen deutschen, chilenischen sowie argentinischen Strafverfolgungsbehörden sprach, die zum Ergreifen Schäfers geführt hätten, ist daher nicht nachvollziehbar.

Mit der Festnahme Paul Schäfers beginnt Phase V, »Die verspätete Transición der Colonia Dignidad« – eine Phase, die bis heute andauert. Bereits vor Schäfers Festnahme besuchten im September 2004 erstmals nach 1987 wieder Botschaftsangehörige die CD. Ähnlich wie beim Konsularsprechtag 1987 waren sie von der »menschlichen Tragödie«, die sie vorfanden erschüttert. Sie formulierten eine Strategie der psychologischen und wirtschaftlichen Hilfe für die Colonos, die an vorherige Überlegungen des Amts ab 1989 anknüpften. Bereits damals wurde zur Handlungsleitlinie, sich nach einer – als mittelfristig bevorstehend erwarteten – Festnahme von Schäfer und der CD-Führung für einen Verbleib der Colonos in der Siedlung einzusetzen. Bei den Planungen der Diplomaten 2004 fällt auf, dass sie zwar von einer Unterstützung der Opfer unter den Colonos sprachen, jedoch in ihren Überlegungen nicht ausführten, wie eine Differenzierung der faktischen Täter-Opfer-Gemeinschaft umgesetzt werden könnte.

Die CD war nun nach der Festnahme Schäfers zwar formell eine offene Siedlung, jedoch blieben weitreichende staatliche Eingriffe auf die Gruppe aus. Die Masse der Colonos war nun theoretisch frei, hatte aber weiterhin keinerlei behördliche Anlaufstelle, die ihnen Unterstützung für eine Perspektive zum Beginn eines neuen Lebens außerhalb der Siedlung bot. Daher behielten alte und neue Führungspersonen de facto die Definitionsmacht über das, was in der Siedlung passierte und darüber, wie sie sich nach außen darstellte.

Die interne Struktur und Führung blieb weitgehend erhalten und es begann ein sanfter Übergang von der »alten CD« zu einer neuen Post-Sektengemeinschaft. Es vollzog sich ein allmählicher Generationenwechsel. Die alten Führungsmitglieder standen nun teilweise im Visier von Ermittlungen der chilenischen Justiz und zogen sich aus der ersten Reihe zurück. Deren Kinder, die in den Jahren vor der Schäfer-Festnahme die CD bereits zum Studium verlassen durften, übernahmen gleichzeitig Schlüsselpositionen in den ABC-Gesellschaften.

In gewissem Sinne können hier Parallelen zwischen dem Prozess der chilenischen Transición ab 1990 und dem nun einsetzenden Öffnungs- und Wandlungsprozess der CD gezogen werden, der durch den Fortbestand faktischer Machtverhältnisse Begrenzungen unterlag. Die CD war von dem langsamen Wandlungsprozess in der chilenischen Gesellschaft nach dem Ende der Diktatur ausgenommen, blieb ein geschlossenes System und konnte ihre eigene verspätete Transición erst nach der Festnahme von Paul Schäfer initiieren. Der Ausgangspunkt dieses Prozesses war jedoch ebenfalls kein vollständiger Bruch mit den vorangegangenen Verhältnissen, sondern ging von bestehenden Gegebenheiten aus und unterlag den existierenden Interessenskonstellationen diverser Akteur_innen. Als Ergebnis dieser verzögerten Transición hat sich seit 2005 einiges in der Siedlung verändert. Vieles erfolgt jedoch weiterhin nach Mustern,

die sich aus den ehemaligen CD-Strukturen fortgetragen haben. Insbesondere betrifft dies die Prozesse der Entscheidungsfindung innerhalb der CD, die von einer begrenzten Personengruppe dominiert werden. Eine Demokratisierung ihrer Strukturen wurde insbesondere durch den Fortbestand der Unternehmensstruktur der CD verhindert.

Die Festnahme Schäfers führte zu einem hohen öffentlichen Interesse und Erwartungen an die Aufarbeitung der CD-Verbrechen. Die chilenische Justiz führte zahlreiche bereits existierende Strafverfahren bei Richter Jorge Zepeda an der CA Santiago zusammen. Zepeda vernahm viele Colonos, eröffnete eine Reihe weiterer Verfahren und nahm einige Mitglieder der CD-Führung in Untersuchungshaft. Einige Colonos machten weitreichende Aussagen über Verbrechenszusammenhänge, schwiegen jedoch meist zur Frage der materiellen Täterschaft und verorteten den Großteil der Verantwortung bei Schäfer. So konnte insbesondere bis heute nicht die Identität der in der CD ermordeten und bis heute verschwundenen Personen festgestellt werden. Zwischen 2008 und 2015 fällte Zepeda etwa ein Dutzend Urteile. Viele Tatkomplexe der CD erfuhren dadurch eine gerichtliche Feststellung, viele Einzeltaten blieben hingegen unaufgeklärt. Viele der Verurteilten erhielten nur geringe oder gar keine effektiven Haftstrafen. Viele Beschuldigte – und auch der verurteilte Hartmut Hopp – entzogen sich der chilenischen Justiz und flüchteten in die Bundesrepublik, wo sie seitdem Straffreiheit genießen. Die NRW-Justiz stellte ein ums andere Mal alle Ermittlungsverfahren ergebnislos ein.

Die chilenische Regierung setzte 2005 einen Regierungsbeauftragten ein, der die Colonos zu einem Mea-Culpa Brief an die chilenische Gesellschaft bewog, der einen Neuanfang ausdrücken sollte. Jedoch hatte der Regierungsbeauftragte keinen klar formulierten Auftrag, er versuchte vor allem menschlich, durch Gespräche mit den Colonos, eine Demokratisierung zu befördern. Die Maßnahmen der chilenischen und deutschen Regierung liefen in dieser Phase (mindestens bis zur Gründung der Gemischten Kommission im Jahr 2017) auf getrennten Gleisen ab. Die chilenische Seite unterlag weiterhin den Rahmenbedingungen der Transición. Die juristischen Bemühungen kamen nur begrenzt voran und auf lokaler und regionaler Ebene erfuhr die CD oftmals die Unterstützung von rechtskonservativen Politiker_innen.

Die Botschaft setzte sich nach der Festnahme Schäfers insbesondere für das wirtschaftliche Überleben der Gruppe ein, ohne jemals einen genauen Überblick über die tatsächlichen Vermögensverhältnisse der Post-Sektengemeinschaft zu erlangen. Die Leitlinie des wirtschaftlichen Überlebens führte zu Handlungsmustern, die bereits aus den frühen Phasen des Falls CD bekannt waren: Die Botschaft kommunizierte fast ausschließlich und regelmäßig mit den Vertreter_innen der ABC-Unternehmensleitungen während die Kontakte zu Aufklärer_innen distanziert blieben. So orientierten sich alle Unterstützungsmaßnahmen in den Jahren nach der Schäfer-Festnahme an der in der Siedlung verbleibenden Post-Sektengemeinschaft, während Aussteiger_innen und andere Opfergruppen kaum Beachtung der deutschen Diplomat_innen fanden. Diese überließen die interne Dynamik der Gruppe dabei den faktischen Kräften innerhalb der Siedlung, ohne wirksam auf eine innere Demokratisierung hinzuwirken. Das ermöglichte auch eine »spirituelle Erneuerung« von Teilen der Gruppe, die nun in dem evangelikalen Prediger Ewald Frank von der Freien Volksmission Krefeld einen neuen religiösen Referenzpunkt fanden.

In einem Gerichtsverfahren wegen Betruges hatte der CDE Ende der 1990er Jahre eine Beschlagnahme von Ländereien der CD erwirkt. 2007 bis –2008 drängte das AA die chilenische Regierung, sich für die Aufhebung der Beschlagnahme einzusetzen, wozu es 2009 durch eine Einigung zwischen CDE und den ABC-Unternehmen schließlich kam. Über verschiedene Maßnahmen unterstützte die Bundesregierung zwischen 2008 und 2013 die Siedlung mit über einer Million Euro. Die Mittel wurden unter anderem für psychiatrische Unterstützung von Colonos durch Dr. Niels Biedermann sowie für Projekte des Lehrerbildungsinstituts Santiago zur Unterstützung der siedlungseigenen Privatschule aufgewendet.

Ein Großteil der Mittel flossen allerdings über die GIZ (zuvor GTZ) in Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit der ABC-Gesellschaften. Dies geschah, obgleich dem AA bewusst war, dass die Siedlung weiterhin eine Täter-Opfer-Gemeinschaft darstellte, die auch weiterhin aus dem Gemeinschaftsvermögen die Rechtsvertretung der Täter_innen finanzierte. Mit dem sich in der Siedlung entwickelnden Tourismuskonzept, das vom AA indirekt gebilligt wurde, stützte das AA das Gemeinschaftsnarrativ der Gruppe, die nun versuchte, einen Teil der langjährigen CD-Fassade – deutsche Kost und Folklore – zu reaktivieren und zu kommerzialisieren. Dies bedeutete einen Affront für die Opfer der Diktaturverbrechen und insbesondere die Angehörigen von Verschwundenen, die regelmäßig beklagten, dass an dem Ort, an dem ihre Familienmitglieder ermordet wurden, nun Bierfeste gefeiert wurden und eine angemessene Darstellung der Verbrechen und eine Erinnerung in Form einer Gedenk- und Bildungsstätte unterblieb. Erst ab 2014 steuerte das AA langsam um und stellte die Fördermaßnahmen ein.

Das Thema CD war seit der Flucht Hartmut Hopps in die Bundesrepublik wieder verstärkt in der deutschen Öffentlichkeit präsent. Expert_innen v.a. aus der Gedenkstättenarbeit begannen einen Dialogprozess zwischen diversen Opfer- und Betroffengruppen mit dem Ziel einer Transformation der Siedlung durch die Errichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte. Das AA unterstützte diese Aktivitäten finanziell.

Die Rede von Außenminister Steinmeier 2016 war möglich da mittlerweile fast alle mit den CD-Vorgängen der 1960er bis 1980er Jahren befassten Diplomaten verstorben sind. Gleichzeitig befanden sich nun Beamte, die der CD kritisch gegenüberstanden in Führungspositionen, wie der AA-Sprecher Martin Schäfer und der Leiter der Wirtschaftsabteilung Dieter Haller. Die Rede Steinmeiers war einerseits ein Meilenstein, da erstmals eine selbstkritische Haltung bekräftigt wurde. Andererseits waren die Ministerworte sorgfältig abgewogen, um eine rote Linie des AA nicht zu überschreiten: Steinmeier sprach von moralischen Verfehlungen, er übernahm jedoch keine politische Verantwortung für die CD-Verbrechen, was Entschädigungsansprüche begründet hätte. Auch kündigte er keine konkreten Aufarbeitungsschritte an. Letztere wurden in den Folgejahren von Aufklärer_innen und Abgeordneten an die Bundesregierung herangebrachten.